



Politisches Aktionsprogramm der Partei der Europäischen Linken 2011 – 2013,  
Paris, 3. - 5. Dezember 2010

## Agenda für ein soziales Europa Gemeinsame Aktionsplattform für Widerstand und Alternativen in Europa

Der 3. Parteitag der Europäischen Linken findet zu einer Zeit statt, da den Menschen in Europa immer unerträglichere Zumutungen abverlangt werden. Mehrheitlich werden in den europäischen Ländern Programme zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben eingeleitet, Supersparks gefahren, öffentliche Dienstleistung privatisiert und der Arbeitsmarkt zerstört. Um diese Politik als allgemein gültig zu verfestigen, werden die Länder mit voller Unterstützung ihrer Regierungen einer Vormundschaft durch die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und andere Institutionen wie dem IWF unterstellt.

Diese Politik wird als notwendige Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise dargestellt. Die Krise jedoch ist eine Krise des Kapitalismus und eine Krise seiner gegenwärtigen globalisierten und finanzierten Form. Diese Krise wirkt sich auch auf die Umwelt, Energie, Lebensmittel sowie die kulturellen und moralischen Werte aus. Deshalb zeigt sich die Krise auf allen politischen Ebenen und in allen Gesellschaften, die der vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise unterliegen. Sie zeigt sich dem entsprechend auf der Ebene der EU mit deren gegenwärtigen Orientierungen, neoliberalen Politik und deren Institutionen.

Die gegenwärtige Schuldenkrise stellt eine neuerliche Phase der andauernden Krise dar. Ihre Wurzeln liegen in den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten 30 Jahre. Die Verflechtung der vielfältigen Ursachen der Krise beeinträchtigt nun mehr und mehr das tägliche Leben der Menschen.

Wir, die Partei der Europäischen Linken, stellen uns gemeinsam mit anderen sozialistischen, kommunistischen und rot-grünen Parteien und Organisationen als plurale europäische Linke dieser neoliberalen Politik und Strukturen - die der EU durch eine Reihe von Verträgen bis hin zum Vertrag von Lissabon auferlegt wurden - entgegen.

Die Verantwortung für diese Politik liegt bei der Koalition der europäischen konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Parteien, die Europa und die europäischen Länder in dieser Zeit regiert haben. Wir wollen eine politische Alternative zum neoliberalen Modell schaffen. Angesichts der weit verbreiteten Sparkurse entwickelt sich überall in Europa Widerstand. Die große Herausforderung für die Linke ist, diesen Widerstand zu organisieren, mögliche Alternativen abzustecken und aus diesen Protesten eine Bewegung für eine alternative Vorstellung einer solidarischen Zivilisation zu formen. Wir tun dies im Namen eines sozialen, ökologischen und friedlichen Europas.

Ein immer strikteres Festhalten am Stabilitätspakt und der auf Strukturanpassungsprogrammen des IWF aufbauenden Strategie EU 2020 wird nicht zu einem Ende der Krise führen; im Gegenteil, Verwerfungen, Spannungen, der Autoritarismus und die sozialen Ungleichheit werden sich in Zukunft verschärfen. Es besteht die Gefahr, dass die Wirtschaft kollabiert, Armut und Prekarität massiv zunehmen, das Sozialmodell und die europäische Zivilisation zerstört werden. Es besteht die Gefahr einer fortgesetzten Depression der Eurozone - abgesehen von den unüberwindlichen Problemen, die anderen Ländern wie Großbritannien, Ungarn, Rumänien oder den baltischen Staaten aufgebürdet werden. Es gibt ein Risiko der Hilflosigkeit angesichts der Herausforderungen, die durch die ökologische Frage gestellt werden. Es besteht, diktiert von den Interessen des Marktes und der Leitung der

Volkswirtschaften durch die Europäische Kommission, die EZB und den IWF, die ernste Gefahr der Strangulierung der Demokratie und der autoritären Regierungsführung in den Mitgliedsstaaten.

Es existiert eine substantielle Gefahr, dass die verstärkte Legitimitätskrise der EU, dass der Mangel an demokratischem Schwung und Solidarität dazu führen, dass die Ausgegrenzten, die nicht in der Lage sind ihre Rechte durchzusetzen und ihre Zukunft zu entscheiden, das Anwachsen der ultranationalistischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Ideen der extremen Rechten unterstützen.

Die Gefahren für das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung und nationaler Minderheiten in der Europäischen Union wachsen, und die Chancen für wirkliche Gleichheit von Frau und Mann sind mit bedeutenden Hindernissen konfrontiert. Dies schließt tendenziell auch drastische Rückschritte bei bereits erreichter Geschlechterdemokratie und Nichtdiskriminierung von Minderheiten innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus ein. Mehr und mehr gesellschaftliche Pflegearbeit wird in die Familien verlagert, d.h. meist zu den Frauen als unbezahlte Arbeit. Darin liegt häufig der Grund für Frauenarmut und dem Mangel an wirtschaftlicher Selbstbestimmung.

Nicht die Menschen in Europa, die Arbeitenden und Arbeitslosen, die Lernenden und die in Ausbildung stehenden Jugendlichen, die Älteren, Frauen und Kinder, Kranken oder Behinderten, Armen oder der Mittelschicht Angehörigen sollten für diese Krise bezahlen. Nein, wir betonen: Die Zeit für einen radikalen Politikwechsel ist gekommen. Dieser Kurswechsel muss sicherstellen, dass die Verantwortlichen für die Krise auch zum Begleichen der Kosten der Krise herangezogen werden. Eine nachhaltige Regulierung muss entwickelt werden, die das Bank- und Kreditsystem unter öffentliche Kontrolle stellt und es auf soziale und ökologische Ziele umorientiert. Konkrete Schritte können und sollen unternommen werden, um die EU- und die nationale Regierungspolitik aus dem Griff der Finanzmärkte zu befreien, damit die Profitlogik durch eine neue Logik der menschlichen Entwicklung - beruhend auf sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Ökologie - ersetzt werden kann.

Das ist ein realistischer Weg. Das ist ein Herangehen im Interesse der europäischen Länder und ihrer Bevölkerung. Mit dem konstruktiven Willen, Alternativen zu formulieren, mit denen wir mit den Menschen in einen breit angelegten Dialog treten und den gemeinsamen Kampf organisieren können, unterbreiten wir die folgenden Vorschläge. Diese Vorschläge sind gedacht, eine offene Debatte zwischen der europäischen Bevölkerung und den Bewegungen zu eröffnen.

## 1. Es ist Zeit für eine radikale Demokratisierung der europäischen Politik

Diese Krise ist auch eine Krise der Demokratie. Die Partei der Europäischen Linken hat die Verpflichtung eine echte Demokratie in den europäischen Institutionen und einen tiefen Wandel in der europäischen Politik herbei zu führen. Dies in einem doppelten Sinn: erstens um eine echte Kontrolle über die Kapitalverlagerungen zu erlangen. Und zweitens um die Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Gebieten abzuschaffen und eine ausgeglichene Entwicklung zwischen den europäischen Regionen zu erlauben.

Allzu oft werden wichtige Entscheidungen ohne die arbeitenden Menschen getroffen. Sie erfahren die EU als eine weit entfernte, unergründliche und interventionistische Konstruktion, die ihre Bedürfnisse und Hoffnungen ignoriert. Ein Wechsel in der Außen-, Umwelt, Sozial- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bedeutet, einen auf aktiver Teilhabe der Menschen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments beruhenden neuen demokratischen Prozess in Gang zu setzen mit neuer Beteiligungsmacht und -rechten. Wir stehen für demokratische Republiken mit Verhältniswahlrecht. Dieser demokratische Wandlungsprozess muss die europäischen

Institutionen wie auch die Politik auf EU- und nationaler Ebene betreffen. Wir kämpfen für eine demokratische Neugründung Europas und der Europäischen Union.

Viele Menschen sehen die wachsende Armut und Ungleichheit als einen Fehler der Europäischen Union. Wenn die Europäische Union nicht in der Lage ist, der Spekulation Einhalt zu gebieten, wer dann? Nationale und eurozentrische Lösungen, die sich gegen die Interessen der Bevölkerung Europas und weltweit richten, schaffen keine Gleichheit. Ohne Solidarität und Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg wird es uns nicht möglich sein, die Politik der Zukunft zu gestalten. Wir glauben, dass soziale Verantwortung nur aus Zusammenarbeit und nicht aus Konkurrenz erwächst.

Demonstrationen, Streiks und andere Formen des Protests durch die Arbeiterschaft, durch Studierende, Bauern, durch Rentnerinnen und Rentner überall in Europa zeigen, dass der Widerstand gegen die Sparmaßnahmen wächst. Immer mehr Menschen fordern einen Weg aus der Krise - für die Menschen, für Arbeitsplätze, für die Umwelt - in Richtung sozialen Zusammenhalt, Vollbeschäftigung, menschenwürdige Löhne und Renten, Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitssystem und anderen sozialen Systemen. Die Proteste werden jedoch langfristig nicht von Erfolg gekrönt sein, wenn sie ohne europaweite politische Aktionen und tiefgreifende Veränderungen in der europäischen Politik und deren Institutionen bleiben. Diese Ziele werden häufig mit dem Motto „Ein anderes Europa ist möglich“, zusammen gebracht. Die Europäische Linke wird aktiv bleiben, um die Anziehungskraft sinnvoller Alternativen für ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa zu verbessern. Viele Menschen – auch außerhalb Europas – betrachten die Veränderungen hin zu einer neuen kooperativen, auf Solidarität, ökologischen Grundsätzen und Geschlechtergleichheit begründeten Entwicklungsweise als erstrebenswerte, notwendige und konkrete Alternative.

Die Menschheit ist darauf angewiesen, ihre Produktionsweise und den Naturreichtum mit Umsicht zu nutzen statt ihn aufzubrechen, auszubeuten und zu zerstören. Sauberes Wasser, ein hoher Bildungsstandard, Selbstständigkeit, menschenwürdige Arbeit, Gesundheitsfürsorge, interkultureller Dialog, moderne Kommunikation und Mobilität sind keine Luxusgüter, sondern soziale Rechte, die zu garantieren sind. Trotzdem wird vielen Menschen der Zugang zu den grundlegenden sozialen und öffentlichen Dienstleistungen verwehrt.

Die Partei der Europäischen Linken macht sich stark für eine demokratische und linke politische Alternative, um die Situation auf jeder Ebene – der örtlichen, nationalen, europäischen und globalen – zu verändern. Dabei sind wir auf der Suche nach Partnern: politische Kräfte, Gewerkschaften und gesellschaftliche Bewegungen, also jene, die meinen, ein anderes Europa sei möglich. Das bedeutet, wir wollen eine politische und gesellschaftliche Front gegen den Neoliberalismus auf nationaler und europäischer Ebene bilden. Wir wollen die Mehrheit für dieses Ziel gewinnen. Aus diesen Gründen engagiert sich die Europäische Linke für einen Dialog mit anderen politischen Kräften, Gewerkschaften, der Friedensbewegung, Verbraucherverbänden, Umweltgruppen, Aktivisten für Gleichberechtigung und gegen Rassismus, kritischen Wissenschaftlern und Technologieexperten, Aktivisten der Sozialforen, Bildungs- und Kulturvereinigungen. Zusammen mit gesellschaftlichen Akteuren, die sich in der Industrie, der Landwirtschaft und beim Verteidigen der öffentlichen Daseinsfürsorge engagieren, wollen wir einen Beitrag zur Verwirklichung aller politischen und sozialen Rechte der Menschen und für ein weltoffenes Europa leisten. Wir arbeiten für die gemeinsamen Rechte der Menschen – ungeachtet ihrer Nationalität, Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer Sprache.

Der Export eines Herrschaftsmodells über Menschheit und Natur, das jedes Lied und jeden Tropfen Wasser lediglich unter dem Gesichtspunkt des Profits betrachtet, hat diese Welt weder sicherer noch menschlicher gemacht. Die Freiheit des Einzelnen rechtfertigt weder das Recht des Stärkeren noch das uneingeschränkte Diktat des Marktes. Die

Zweckentfremdung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts in einem „Innovationstrend“ zur Profitmaximierung des Finanzmarktkapitalismus gefährdet unser aller Zukunft. Der Geist der freien Konkurrenz, der Privatisierung und Deregulierung ist nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus zum entscheidenden Faktor in der Politik geworden. Die Grundsätze des Denkens im Nachkriegseuropa wie soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit und eine ernsthaft in gegenseitigem Interesse verfolgte friedliche Außen- und Sicherheitspolitik wurden weiter ausgehöhlt.

Mit dem einheitlichen Binnenmarkt, dem Maastrichter Vertrag und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt erhielten Lohn- und Sozialdumping ab den späten 1980er Jahren Vorrang vor den öffentlichen Dienstleistungen.

Unsere öffentlichen Institutionen sind das Rückgrat der Demokratie, sei es in der Bildung, dem Gesundheitswesen, dem Verkehr oder der Kultur, oder damit sie der regionalen Wirtschaft Kredite gewähren oder den Zugang zur Energieversorgung auf örtlicher Ebene gewährleisten. Gleichzeitig aber bleiben - gerade mit der Ausdehnung der EU - die enormen Probleme der Arbeitslosigkeit, Armut, sozialen Ungleichheit und der europäischen Landwirtschaft ungelöst.

Kritische Angelegenheiten wie Energiesicherheit, Klimawandel und freier Zugang zu Kommunikation und Informationsnetzwerken sind gleichermaßen weiter problematisch. Es ist Zeit, der Bevölkerung und den Parlamenten auf allen Ebenen in Europa in der Gesetzgebung und der demokratischen Kontrolle eine wichtigere Rolle zu geben.

Die Krise des Kapitalismus, die neoliberale Regulierung, sein imperialistisches System, die Militarisierung und die damit verbundenen ultrasektiererischen Strategien haben die internationalen Beziehungen zutiefst beeinflusst und treiben ein ausbeuterisches, räuberisches und auf Dominanz gerichtetes System an Grenzen. Dies verlangt nach radikalem demokratischem Wandel.

Andererseits spielt die vielschichtige Krise eine Katalysatorrolle bei der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses, wobei die US-Hegemonie in wachsendem Maße von Ländern außerhalb der sogenannten entwickelten Welt herausgefordert wird. China, Indien, Brasilien etc. kommt dabei eine zentrale Rolle zu. müssen Die Europäische Union und die europäischen Länder müssen - unabhängig von den USA - zum fortschrittlichen internationalen Akteur in einer Welt der gegenseitigen Achtung und der Zusammenarbeit werden.

## 2. Wir zahlen nicht für eure Krise

Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise ist wie eine Welle über die ungelösten Probleme der Menschheit hinweggefegt. In den vergangenen zwei Jahre haben die Regierungen der dominanten Mächte, angeführt von denen der G 8, das globale Finanzsystem mit enormen Summen öffentlicher Gelder am Überleben erhalten. Sie haben die Rolle des Retters eines kollabierenden globalen Finanzmarktes übernommen. Gleichzeitig blieben sie untätig gegenüber anwachsender Armut und den Herausforderungen des Klimawandels. Die Schulden der öffentlichen Hand haben Rekordniveau erreicht. Die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte ist nicht im Geringsten vorüber. Die Regierenden haben weder die außer Kontrolle geratenen internationalen Finanzmärkte noch die globale Wirtschaftsordnung in Frage gestellt. Es gibt keine effektive Regulierung, um Währungsspekulation, die Spekulation mit Lebensmitteln oder lebenswichtigen Gütern zu verbieten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein wachsendes Sicherheitsrisiko für das tägliche Leben und für das friedliche Miteinander der Länder.

Europa und die Europäische Union stecken ebenfalls mitten in der Krise. Millionen von Arbeitsplätzen sind verschwunden oder bedroht. Andererseits müssen in wachsendem

Ausmaß Menschen mehr als eine Beschäftigung annehmen, um leben zu können. Prekarität und Flexibilisierung der Arbeit sind mehr denn je eine bittere Realität. Soziale Probleme nehmen zu. Die europäischen Länder, die EU und die internationale Gemeinschaft müssen jetzt effektive Maßnahmen ergreifen, damit die Finanzspekulanten für die Krise bezahlen müssen. Die nationalen Regierungen halten sich ebenfalls zurück, die Finanzspekulanten bei der Lösung der Krise heranzuziehen, etwa durch Abschöpfen der Vermögensgewinne. Damit ist ihre Antwort klar. Der Steuerzahler und die Bevölkerung - hauptsächlich der ärmsten Länder der Eurozone - sollen die Kosten der Finanzkrise tragen. Die Ursachen für die dramatische Verschuldung der Länder insbesondere Ost- und Südeuropas, aber auch Irlands, Großbritanniens, Islands und der Baltischen Staaten liegen gleichfalls in der europäischen Politik. Doch nun sollen die Länder die Konsequenzen alleine tragen. Überdies hinaus werden sie gedrängt, auf dringend benötigte Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung zu verzichten und weitere Einschnitte in ihren Sozialsystemen und im öffentlichen Sektor vorzunehmen. Die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur muss warten. Damit produziert man die sozialen Probleme von morgen. So wird verschleiert, dass das in den reicheren Mitgliedsstaaten jahrelang betriebene katastrophale Lohndumping den Druck und die politischen Fehlentscheidungen verursachte. Das Versagen der Politik in den am meisten gefährdeten Ländern ist das Spiegelbild der größeren Länder mit deren ausschließlichen Orientierung auf Kapitalverlagerung und Export. Höhere Löhne würden auch die großen Länder vor dem Strudel finanzieller Instabilität und den Staatsdefiziten von morgen bewahren; sie stehen vor der Notwendigkeit, soziale Klauseln gegen Dumping im internationalen Handel durchzusetzen. Ausschlaggebend ist jedoch, dass die vorherrschende Niedriglohnpolitik fortgesetzt wird zugunsten des Dogmas der auf Kürzung der Sozialausgaben beruhenden Konkurrenzfähigkeit.

Nun sind die Menschen gezwungen für die Hilfspakete für die Banken, die die Krise verursacht haben, zu zahlen. Der Glaube, dass die Verstaatlichung von Banken eine Art sozialistische Gotteslästerung sei, wurde erschüttert. Die Staaten haben Finanzinstitutionen unter ihre Fittiche genommen, und einige von ihnen sind schon wieder im Geschäft und machen respektable Profite. Der Einfluss der Regierungen erstreckt sich jedoch nur auf die Rettung der Banken, der Banker und ihres Einkommens. Eine angemessene Umverteilung des Reichtums ist nicht Teil des Programms. Die Regierungen verstaatlichen, ohne demokratischen Einfluss und Kontrolle zu sichern. Damit nationalisieren sie lediglich die Verluste, mit der Folge wachsender Staatsverschuldung, unzureichender Investitionen und höheren Gebühren. Folglich sind sie auch verantwortlich für alle Arten ungelöster sozialer Probleme.

Diese „Regulierung“ dient den Interessen des Finanzkapitals und nicht den Interessen der Mehrheit. Der vorherrschende politische Kurs kennt nur eine Antwort auf die Krise: plündern der öffentlichen Kassen und wachsende Ausbeutung der ArbeiterInnen. Er ist Teil des Klassenkampfes von Oben und schreckt nicht davor zurück, BezieherInnen kleiner Einkommen gegen Menschen auszuspielen, die auf soziale Transferleistungen angewiesen sind und Beide gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge.

Wir sind überzeugt, dass die Mehrzahl der Menschen gewonnen werden kann durch eine Kampagne für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige, demokratische und friedliche europäische Politik, die auf Solidarität basiert. Deshalb veröffentlichen wir alternative Lösungen zur Bewältigung der Finanzkrise.

## 2.1. Die Krise wirksam bekämpfen – jetzt!

Die Europäische Union und die europäischen Staaten müssen sich der Zusammenarbeit zuwenden und zur Reform des europäischen und internationalen Währungssystems beitragen. Wichtige strategische Bereiche wie das Bankensystem sollen auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums, demokratischer Kontrolle und öffentlichen

Zugangs organisiert werden. Im neoliberalen Europa wurden wir Zeuge des generellen Angriffs auf die Rechte der ArbeiterInnen und deren Löhne. Die Europäische Linke kämpft gegen Sozialdumping. Wir wollen alle Bewegungen unterstützen, die aktiv sind gegen die Strategie des Auspielens Armer gegen Arme. Wir unterstützen die ArbeiterInnen überall in Europa in ihrem Kampf für eine Umverteilung der Einkommen, gegen Massenarbeitslosigkeit und unsichere Arbeitsplätze. Wir müssen unsere Fähigkeit für soziale und Klassenkonflikte zu kämpfen in Europa wieder herstellen, um soziale und ArbeiterInnenrechte zu verteidigen. Um der dem Sozial- und Steuerdumping zu begegnen, muss eine Finanzpolitik auf dem Prinzip der progressiven Besteuerung durchgesetzt werden. Wir kämpfen für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz,“ in ganz Europa.

Die Europäische Linke schlägt die folgenden Maßnahmen zur Begrenzung der Macht und des Einflusses der Finanzmärkte vor:

- § Der europäische Charakter der Schuldenkrise erfordert dringend eine europäische Regelung. Wir schlagen die Annullierung eines Teils der Staatsschulden vor, um die verschuldeten Länder bei der Entwicklung einer Politik zu unterstützen, die ihre Wirtschaftssysteme umstrukturiert und die Zerstörung der sozialen Entwicklung vermeidet.
- § Gegen das so genannte „Krisenmanagement oder regelmäßigen Rückstellungs-Mechanismus“ stellen wir die Einrichtung eines dauerhaften Schutzmechanismus der Solidarität (und nicht der Bestrafung) für Staaten in der Schwierigkeiten. Dieser Mechanismus umfasst auch die Staaten, die nicht der Eurozone gehören. Dieser Mechanismus muss im Anfangsstadium einer Krise in Bewegung gesetzt werden und nicht erst nachdem sie ihre verhängnisvollen Effekte vollendet hat.
- § Umwandlung der Aufgabe der Europäischen Zentralbank. Durch Geldschöpfung und auf gesellschaftlichen Kriterien beruhend muss die EZB Kredite zu geringen Zinsen an Mitgliedsstaaten vergeben, um soziale Entwicklungen zu finanzieren. Hinsichtlich der Banken sollte die EZB selektive Kredite einführen, die beschäftigungsfördernde Investition bevorzugen und Finanzgeschäfte abschrecken.
- § Besteuerung aller spekulativen Transaktionen. EU-Institutionen und die Mitgliedsstaaten sollten vorangehen und die Architektur der Finanzmärkte weltweit verändern.
- § Neue öffentliche Einnahmen sollen erzeugt werden, indem Einkommen aus Finanzvermögen und großem Kapital mittels einer sozial gerechten Steuerreform besteuert werden, die darauf abzielt, die Realwirtschaft zu stimulieren. Die Binnenwirtschaften sollen durch Strukturpolitik und höhere Masseneinkommen wiederbelebt werden.
- § Beseitigung innerhalb und außerhalb europäischen Territoriums bestehender Steueroasen; Verbot – nicht nur Registrierung – von Hedge Fonds und Risikoanleihen.
- § Schaffung einer öffentlichen europäischen Ratingagentur. Länder können nicht mehr Geiseln privater Ratingagenturen sein, die spekulativen Interessen dienen.
- § Ausgabe von Euroanleihen, um es den Mitgliedsstaaten zu ermöglichen, zu vernünftigen Zinssätzen zu leihen.

Um Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen und soziale und ökologische Erfordernisse zu stärken, müssen die folgenden Maßnahmen in allen Ländern ergriffen oder koordiniert getestet werden:

- § Makroökonomischer Ausgleich zwischen Staaten und einen starken Binnenmarkt.
- § Einführung von Standards, die in allen EU-Staaten per Gesetz oder Tarifvertrag Mindestlöhne in Höhe von mindestens 60 % des nationalen Durchschnittslohns und stets oberhalb der Armutsgrenze und mit einer hohen Qualität der sozialen Sicherheit für Alle festschreibt.
- § Restriktive Regeln für Werksverträge (Arbeit durch Drittfirmen) und die Beschränkung kurzzeitig befristeter Arbeitsverträge. Neue Verordnungen, die es verbieten, ausländische Arbeitskräfte zu niedrigeren Löhnen oder schlechteren Konditionen zu beschäftigen, als es in den Ländern üblich ist, in denen die Arbeiten ausgeführt werden. Das sogenannte Laval-Urteil und andere Gerichtsentscheidungen, welche das Recht auf Streik und des Kampfes für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen unterminieren, müssen annulliert werden.
- § Stärkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträge für Arbeitsbedingungen und deren Einhaltung mit entsprechenden Standards für die sogenannten EntsendearbeiterInnen.
- § Modernisierung des öffentlichen Dienstes und der Infrastruktur mit einem Investitionsprogramm in den Schlüsselbereichen Bildung, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge, Forschung, Verkehr und Umwelttechnologie. Das garantiert Millionen neuer Arbeitsplätze in der Zukunft sowohl im industriellen wie auch im Dienstleistungssektor.

Wir wollen die Kampagne für eine weltweite Finanztransaktionssteuer führen, für höhere Einkommen, besser abgesicherte und gute Arbeitsplätze und humanere Arbeitszeiten, sichere Renten und eine bessere öffentliche Infrastruktur. Das werden wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialforen, Frauen-, Jugend- und Umweltbewegungen, MigrantInnenorganisationen und örtlichen Behörden tun. Wir wollen diese Kampagne in unseren Ländern und auf europäischer Ebene führen. Wir gehen davon aus, dass diese Kampagne zugleich als globale Anforderung verstanden werden muss.

Ohne sofortige Aktionen wird es keine wirksame Veränderung in den Antworten auf die Krise geben. Nachhaltige politische Veränderungen müssen darüber hinaus gehen; weshalb ein alternativer politischer Kurs für Aktionen und ein europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut vereinbart werden müssen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften werden wir die Kampagne zur Einbringung einer Klausel für sozialen Fortschritt in die Europäischen Verträge führen. Die konsequente Verknüpfung der Wirtschafts- und Geldpolitik mit einer Sozial- und Umweltpolitik ist unverzichtbar. Der Kampf für eine Sozialklausel in den Europäischen Verträgen und die Orientierung auf eine Sozial- und Umweltpolitik ist mehr als ein EU-zentrierter politischer Ansatz. Diese Forderungen kommen auch aus den Gewerkschaften und stellen damit eine Verbindung zu gesellschaftlichen Bewegungen her.

## 2.2. Aktionsplan gegen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung

80 Millionen Menschen in Europa leben unterhalb der Armutsgrenze. Ungefähr noch einmal so viele Menschen sind von Armut bedroht. Galoppierende Arbeitslosigkeit ist einer der hauptsächlichen Faktoren dabei. Das betrifft zunehmend Menschen in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen, die „working poor“ (arm trotz Arbeit). Es zeugt von politischem Versagen auf der ganzen Linie, wenn in einer der produktivsten Regionen der Welt, den 27 EU-Ländern, eines von fünf Kindern von Armut bedroht ist.

Ausgrenzung durch Armut, Verfall der Bildung, der öffentlichen und allgemeinen Gesundheit, im Lebensumfeld, der unzureichende Anteil sozialer, kultureller und finanzieller Dienste stellen eine wachsende Gefahren für den sozialen Frieden dar. Die

Mehrheit der Bevölkerung erwartet, dass PolitikerInnen wirksame Schritte gegen Armut einleiten und andererseits die schädliche Konzentration von Reichtum in wenigen Händen beschränken. Die EU erklärte das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“. Die Strategie EU 2020 ruft zur „Verhinderung von Armut“ auf. Jedoch sind das Anwachsen von Armut und sozialer Ungleichheit das Ergebnis der von der EU betriebenen neoliberalen Politik.

In der Logik der gegenwärtigen strategischen Entscheidungen und der praktischen Schritte zum Umgang mit den Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise werden unverändert Konkurrenz, Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit an die Spitze der Agenda gestellt. In einer Zeit, in der die europäischen Eliten so wenig an schlüssigen und verständlichen Antworten auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme beizusteuern haben, tun sie zugleich nichts gegen die wachsenden sozialen Ungleichheiten. Die Auswirkungen der Armut haben sich nicht verringert, denn die Ursachen der anwachsenden Armut wurden noch nicht einmal angegangen. Die Partei der Europäischen Linken hat sich der sozialen Gerechtigkeit verschrieben. Reichtum darf sich nicht länger in den Händen einiger weniger konzentrieren. Europa muss erkennen, dass Eigentum verpflichtet und der Gesellschaft insgesamt dienen soll.

Gemeinsame Güter wie Wasser, Gesundheit, Kultur, Land, Naturreichtümer und Produktionsmittel dürfen nicht privatisiert, sondern im Gegenteil, in Gemeineigentum gehalten und vergesellschaftet werden.

Für die Linke ist Armut ein gesellschaftliches und politisches Problem. Wir benötigen eine Entwicklung, die den Menschen in den Vordergrund stellt. Der Kampf gegen Armut wird nur dann erfolgreich sein, wenn dieses Ziel zur Schlüsselkomponente jeder Politik der Europäischen Union und der Länder wird. Europa benötigt ein umfassendes Sicherheitsnetz der hohen Sozialstandards. Obdachlosigkeit und Kinderarmut müssen 2015 verschwunden sein. Die Überwindung der Armut ist eng verbunden mit der Lösung aller anderen sozialen und Umweltprobleme in unserer Gesellschaft.

Ein europaweiter Aktionsplan wird für diese Ziele dringend gebraucht. Die Europäische Linke schlägt die folgenden Ziele vor, die die wesentlichen Aspekte der jetzigen Kämpfe gegen die Krise beinhalten:

- § Ein europaweiter Mindestlohn von mindestens 60 % des nationalen Durchschnittslohnes und Stärkung der Tarifverträge.
- § Ein angemessenes garantiertes Mindesteinkommen für Arbeitslose und andere, die nicht die Mittel für ihren eigenen Lebensunterhalt haben.
- § Ein menschenwürdiger Lohn für StudentInnen und Menschen in beruflicher Ausbildung.
- § Eine garantierte menschenwürdige Rente für jeden ab 60 Jahren.
- § Konkrete und geregelte Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Arbeit.
- § Kürzere Arbeitszeit ohne Einkommenskürzungen.
- § Höhere Investitionen in soziale Sicherheit, Gesundheitswesen, öffentliche Dienste, öffentliches Wohnungswesen und Umwelt.
- § Durch Verwirklichung eines Programms für die Erhöhung der Energieeffizienz in privaten Gebäuden soll jedem mittels Nutzung existierender Technologie eine warme Wohnung garantiert werden. Die Ausgaben für Wohnen sollen nicht mehr als 25 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens betragen.

Die Besteuerung von Kapitalgewinnen und spekulativer Geschäfte, die progressive Besteuerung von Einkommen und ein entwickelter öffentlicher Sektor erbringen die finanziellen Mittel für die Durchführung dieser Aktionspläne. Eine europäische Politik, die den nationalen Wettlauf um die niedrigsten Steuern für Unternehmen erzwingt und



höhere Beiträge der Arbeitenden und sozial Benachteiligten verlangt, muss beendet werden. In ihrer Plattform für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 hat die Europäische Linke betont, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen neuen Solidaritätspakt ersetzt werden muss, der auf Wachstum, Vollbeschäftigung, sozialer Gerechtigkeit und Schutz der Umwelt orientiert.

### 3. Für ein neues Entwicklungsmodell

Die Auffassung, dass eine ambitionierte und koordinierte Politik notwendig sind, um sich den Herausforderungen an die Menschheit und den Planeten zu stellen, hat sich verbreitet. Die Kapitallogik stellt ein Haupthindernis dar. Die Finanzkrise, deren systemischer Charakter offensichtlich ist, deckt den Umfang der Vergeudung auf, die durch den momentanen Entwicklungspfad hervorgerufen wird. Deshalb zeigt die Gesamtheit der in diesem Dokument vorgestellten Vorschläge eine alternative Logik eines neuen demokratischen, nachhaltigen und humanen Entwicklungsmodells auf. Diese drei Dimensionen sind untrennbar miteinander verbunden: die soziale beinhaltet die wirtschaftliche Sphäre, die zuallererst dazu genutzt werden sollte, den Bedürfnissen und Wünschen jedes Einzelnen zu dienen. Es geht darum, eine neuen Ära der menschlichen Zivilisation zu beginnen, die auf einem progressiven Prozess vielfältiger Systemreformen beruht, das Alltagsleben verändert - ohne den Ehrgeiz und die Absicht aus dem Blick zu verlieren, alle Arten von Unterdrückung und Ausbeutung zu überwinden.

Aktionen die eine derartigen Transformation erzielen sollen, erfordern eine gemeinsame Bewegung:

- § Die Partei der Europäischen Linken wird ihren Kampf für eine konsequent friedliche Innen- und Außenpolitik, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen fortsetzen. Wir nehmen Teil an allen Kampagnen für Solidarität und Frieden insbesondere im Nahen Osten, für eine faire und gerechte Lösung des Israelisch-Palästinensischen Konflikts auf Basis der UN-Resolutionen, mit Gründung eines existenzfähigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Israel muss die Besatzung von Gaza und der Westbank beenden. Wir fordern die Beendigung des von der NATO geführten Krieges in Afghanistan und den Abzug aller ausländischen Truppen. Wir verlangen ebenso den Abzug der noch verbliebenen Truppen und aller militärischen Auftragnehmer aus dem Irak und rufen die internationale Gemeinschaft dazu auf, ihre Verantwortung für den zivilen Wiederaufbau im Irak zu übernehmen. Das Recht der irakischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung und ihrer souveränen Wahlmöglichkeiten beim Wiederaufbau und über die Zukunft des Landes müssen garantiert werden. Als ersten Schritt zur Beendigung der internationalen Blockade gegen das saharische Volk, muss die Arabische Saharische Demokratische Republik anerkannt werden. Wir verurteilen die Verletzung der Menschenrechte die durch Marokko an der westsaharischen Bevölkerung begangen werden. Wir verurteilen ebenso die Absicht des Imperialismus, im Interesse Israels, die Bevölkerung Syriens und des Iran zu neuen Feinden der Menschheit zu machen. Fortschreitende und wechselseitige Abrüstung mit Drittländern sind äußerst wichtig. Wir wollen eine friedliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, einen Dialog mit unseren Nachbarn und Stabilität in Europa, die Russland einschließt. Die militärstrategische Zusammenarbeit der EU mit der NATO muss gestoppt werden.
- § Die Europäische Linke bekräftigt ihre Forderung nach Auflösung der NATO und tritt für ein internationales System der kollektiven Sicherheit auf der Grundlage des Völkerrechts und den Grundsätzen eines reformierten und demokratisierten UNO-

Systems. Wir opponieren heftigst gegen jegliche Anstrengung der EU, eine Militarisierung ihrer Außenbeziehungen zu befördern und kämpfen für eine friedliche Rolle Europas in der Welt. Die EU muss auch die Rechte der neutralen Staaten, ihre Politik der Nichtpaktgebundene fortzusetzen, respektieren.

Die Partei der Europäischen Linken fordert die Auflösung der EU-Interventionstruppen und der EU-Kampfgruppen. Die „Verteidigungsagentur der EU muss aufgelöst und durch eine Agentur für Abrüstung und Konversion ersetzt werden. Die Partei der Europäischen Linken ruft zu einem Ende jeglichen militärischen Engagements der EU außerhalb ihrer Grenzen auf, wie die Entsendung von Militärexperten und Beobachtern zur Unterstützung autoritärer Regime oder der Beteiligung an Bürgerkriegen wie in Somalia.

Die Partei der Europäischen Linken wendet sich gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst mit militärischen Funktionen und gegen die gegenwärtige EU-Strategie der militärisch-zivilen Kooperation. Fonds für Entwicklungshilfe und zur Bekämpfung der Armut dürfen nicht für militärische Zwecke genutzt werden. Ausdrücklich wenden wir uns gegen Kürzungen im Struktur- und im Kohäsionsfonds, um den wachsenden Etat für die Militäraußenpolitik der EU zu finanzieren.

- § Die Umsiedlung türkischer BürgerInnen in den besetzten Teil Zyperns muss sofort beendet werden, denn damit wird dies beabsichtigt, die Okkupation der Insel durch die Türkei zu zementieren. Die türkische Besetzung der 37 % des Territoriums der Republik Zypern muss beendet werden. Die türkische Regierung sollte sich mit praktischen Maßnahmen beteiligen, um damit die beginnenden Verhandlungen zu einer gerechten und lebensfähigen Lösung des Zypernproblems zu führen, die sich auf die UN-Resolutionen zu diesem Punkt, das internationale und das europäische Recht stützt.
- § Die EL drückt ihre Solidarität und Unterstützung für die politischen Entwicklungen in Lateinamerika aus, die nach breiter Demokratie und höhere Beteiligung der BürgerInnen sucht. Daher erachten wir es als sehr bedeutsam, die gemeinsamen Treffen zwischen dem Sao Paolo Forum und der EL fortzuführen, um Erfahrungen im Umgang mit entscheidenden Forderungen auszutauschen. Wir betonen insbesondere die Notwendigkeit, die Blockade gegen Kuba zu beenden.
- § Die EL möchte die zwischen der EU und Lateinamerika abgeschlossenen und gegenwärtig verhandelten Abkommen verändern, weil mit diesen versucht wird, die neoliberale Politik im Interesse der multinationalen Unternehmen - hauptsächlich jener mit den schlimmsten Folgen für die Umwelt bzw. jener die versuchen Patente auf den Gebieten Gesundheit und Artenvielfalt zu etablieren - durchzusetzen.
- § Die europäische Entwicklungspolitik muss alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichten, die Millennium-Entwicklungsziele - 0,7 % des Bruttoinlandproduktes für Entwicklungshilfe - bis 2015 zu erfüllen. Dies erfordert eine Neuorientierung der Produktions- und Konsumtionsweise, welche die Kapazitäten der Natur nicht bedroht und in der Waren und Geld nicht das Maß aller Dinge sind. Mit diesem Ziel kämpfen wir für Handelsabkommen der Europäischen Union, in denen alle Kernkriterien der Internationalen Arbeitsorganisation, die Arbeits- und Menschenrechte zum Standard in allen Partnerländern werden. Die Handelsabkommen sollen nicht zu Nutzen der für transnationale Unternehmen gemacht werden, deren Ziel der Zugang zu Rohstoffen und die Profitmaximierung ist.
- § Die Europäische Linke kämpft gemeinsam mit anderen Kräften für eine Energierevolution auf der Grundlage wirklich erneuerbarer Energiequellen und Energieeinsparung. Wir betrachten Biomasse nicht als wirklich erneuerbare Energiequelle auf breiter Basis, insbesondere wenn sie den Anbau von Lebensmitteln verdrängt. Die Bekämpfung des Klimawandels und die Energieproduktion sollen

nicht länger der Profiterzielung unterliegen. Rohstoffe sollen nicht für Aufrüstung und Kriege verschwendet werden. Die Entwicklungs- und Außenhandelspolitik der EU muss mit der gegenwärtigen Logik brechen, Land an sich zu reißen und die Rohstoffe der Länder zu plündern. Wir unterstützen den Schuldenerlass für die ärmsten Länder und die Rückerstattung der ökologischen Schulden der Industrieländer an die sogenannten Entwicklungsländer.

- § Wir fordern die internationale Kooperation, um die globale Erwärmung zu bekämpfen. Um die schwerwiegendsten Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern, muss bis 2020 gehandelt werden. Die EL schlägt vor, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in entwickelten Ländern bis 2020 um 40 % (verglichen mit 1990) zu reduzieren. In Europa betrifft das insbesondere Bereiche wie Energieinnovationstechnologie, die Land- und Forstwirtschaft, die sich dem Erhalt der Artenvielfalt und der Kohlenstoffbindung verschreiben, die Bauindustrie, den Verkehr und die Steuerung durch öffentliche Investitionen. In den kommenden Jahren sollen im europäischen Energiesektor riesige Investitionen vorgenommen werden. Das Kyoto-Protokoll kann nicht auf ein System von - von uns heftig bekämpften - Emissionsquoten reduziert werden; jeder neuerliche Versuch, ein internationales Abkommen abzuschließen (Kyoto 2), muss ein neues Paradigma auf der Basis von Zusammenarbeit und nicht Wettbewerb bilden. Die Europäische Linke unterstützt die Erklärung von Cochabamba in vollem Umfang. Es ist fünf vor zwölf.
- § Wir kämpfen für individuelle Bürgerrechte und die grundlegenden sozialen und politischen Rechte aller EU-BürgerInnen und ImmigrantInnen auf der Grundlage der Charta der Prinzipien für ein anderes Europa. Die Europäische Linke begrüßt, dass die Europäische Union der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beitrifft. Wir arbeiten für die Weiterentwicklung der grundlegenden Rechte in Europa auf der Basis der EMRK, einschließlich aller rechtlichen Instrumente auf nationaler und europäischer Ebene. Wir verteidigen die Rechte jener, die wegen ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, des Geschlechts, der Religion, der Ideologie, einer Behinderung oder des Alters diskriminiert werden. Wir fordern Gleichheit zwischen Mann und Frau.  
Die Europäische Linke setzt sich für die vollständige Achtung des Prinzips der religiösen Neutralität des Staates ein.  
Wir brauchen Strategien gegen Rassismus, Ausländerhass, Chauvinismus, Faschismus, Antikommunismus, Homophobie und alle anderen Formen der Diskriminierung.  
Wir wirken für eine Flüchtlingspolitik in Übereinstimmung mit der Genfer Konvention. Diejenigen, die wegen ihrer politischen Aktivitäten, Religion, Ideologie, sexuellen Orientierung oder Geschlechteridentität fliehen mussten, müssen in Europa Aufnahme und Sicherheit finden. Wir fordern die Anerkennung geschlechtsspezifischer und nicht-nationaler Verfolgung als Asylgründe und einen besonderen Schutz für Flüchtlinge im Kindesalter. Deshalb lehnen wir das gegenwärtige Grenzkontrollsystem durch FRONTEX ab. Die EL weist jeden Versuch, MigrantInnen zu „Sündenböcken“ für alle möglichen Arten sozialer Probleme zu machen, strikt zurück. Wir kämpfen für eine starke soziale Dimension in der Integrationspolitik.
- § Allgemeiner Zugang zu Bildung, Kultur, Medien und die Möglichkeit, eigene kulturelle Ausdrucksformen zu nutzen, sind äußerst wichtig für den demokratischen Dialog in Europa und der ganzen Welt. Interkulturellen Austausch und die Neutralität digitaler Netze sollte öffentlicher - europäischer und nationaler - Verantwortung unterliegen. Freie Bildung, die Freiheit der Information, ein modernes Copyright einschließlich der Rechte der NutzerInnen und eine adäquate Anerkennung der Kreativität sind überfällig. Die Privatisierung der öffentlichen Bildung muss gestoppt werden. Das Gleiche gilt für alle Versuche Marktorientierung

in das Bildungssystem zu bringen, wie es der Bologna-Prozess oder die Bolkestein-Richtlinie machen. Deshalb weisen wir den Bologna-Prozess zurück. Gute Arbeitsbedingungen müssen tagtäglich für Lehrende, Journalistinnen und Journalisten und Personen, die auf dem Gebiet der Nachrichten, des Films, der Unterhaltung und der Software-Industrie tätig sind, erkämpft werden. Europa braucht einen echten Pluralismus in den Medien, ob öffentlich-rechtlich oder privat, als unverzichtbare Bedingung für Demokratie.

- § Wir wollen die Finanzkrise bekämpfen durch Regulierung der Märkte, eine konsequente makroökonomische Orientierung auf ein soziales und ökologisches Entwicklungsmodell und Bekämpfung der Armut. Um unsere Alternativen für ein neues Entwicklungsmodell, die wir in den politischen Diskurs bringen wollen, schlagen wir auch die folgenden strategischen Schwerpunkte in unseren politischen Kämpfen vor.
- § Für die Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen, welche den kollektiven lebenswichtigen Bedürfnissen dienen, sind alle Anstrengungen auf europäischer Ebene zu bündeln, ein aufeinander abgestimmtes gemeinsames Management der öffentlichen Güter auf der Welt und die Entwicklung der gesellschaftlichen und gegenseitig abhängigen Wirtschaft auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu entwickeln. Das heißt, die Prozesse der Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und die massiven privaten Investitionen auf diesem Gebiet zu stoppen.
- § Wir verfolgen eine aktive Politik der Schaffung von Arbeitsplätzen, verbunden mit einem System lebenslangen Lernens.
- § Eine neue Ära der Demokratie auf allen Ebenen mit neuen Befugnissen der ArbeiterInnen und der gewählten VertreterInnen über die Vergabe öffentlicher Gelder an große Unternehmen.

Mit diesen Vorschlägen wendet sich die Europäische Linke an die Bevölkerung Europas; an Männer und Frauen ungeachtet ihres Wohnsitzes, ungeachtet der Weltanschauung oder Religion, ungeachtet der Tatsache, ob sie in oder außerhalb der Europäischen Union geboren wurden. Die immense Verschärfung der sozialökonomischen und ökologischen Krise verlangt nach sofortigen radikalen Maßnahmen. Wir wollen, dass Europa und die ganze Welt für alle lebenswerter werden. Damit dies aber geschehen kann, müssen sie vor den Bedrohungen geschützt werden. Wir können die Welt nicht verbessern, wenn wir sie nicht bewahren, aber wir können sie bewahren, indem wir sie verbessern. Die Europäische Linke vertritt die Vision einer radikal anderen Welt, der Demokratie, des Friedens und des Sozialismus. Die Europäische Linke ist offen für Alle, die diese Agenda unterstützen wollen. Wir erstreben eine Welt der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit, ohne Unterdrückung, Ausbeutung, Krieg, Hunger und Not. Wir möchten, dass dieses Projekt Wirklichkeit wird.

eigene Übersetzung des englischen Originals:  
 Agenda\_Social\_Europe-\_FINALE\_04\_12\_2010.pdf

Redaktion [www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)